



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 30.1.2002  
SEK(2002) 116 endgültig

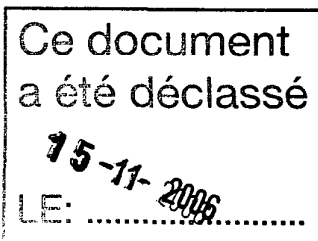
EINGESCHRÄNKTE VERTEILUNG EU

Empfehlung für eine

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates  
vom 7. Juli 1997  
zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für 2000/01 bis  
2006/07**

(VORLAGE DER KOMMISSION)



## BEGRÜNDUNG

Nach der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>1</sup> hatten die an der einheitlichen Währung nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten dem Rat und der Kommission bis zum 1. März 1999 Konvergenzprogramme vorzulegen. Nach Artikel 9 der Verordnung muss der Rat jedes Konvergenzprogramm innerhalb von zwei Monaten nach Vorlage prüfen. Diese Prüfung erfolgt auf der Grundlage von Bewertungen durch die Kommission und den Wirtschafts- und Finanzausschuss. Die Kommission gibt zu jedem Programm eine Empfehlung ab. Auf der Grundlage dieser Empfehlung und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses gibt der Rat nach Prüfung des Programms eine Stellungnahme dazu ab.

Das Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für den Zeitraum 1997/98 bis 2003/04 wurde am 22. Dezember 1998 vorgelegt und am 8. Februar 1999 vom Rat bewertet<sup>2</sup>.

Gemäß der Verordnung können die jährlich vorzulegenden aktualisierten Konvergenzprogramme vom Rat nach demselben Verfahren geprüft werden. Die erste jährliche Aktualisierung für den Zeitraum 1998/99 bis 2004/05 wurde am 21. Dezember 1999 vorgelegt und am 28. Februar 2000 vom Rat bewertet<sup>3</sup>. Die zweite jährliche Fortschreibung für den Zeitraum 1999/00 bis 2005/06 wurde am 21. Dezember 2000 vorgelegt und am 12. Februar 2001 vom Rat bewertet<sup>4</sup>.

Die dritte und jüngste Fortschreibung für den Zeitraum 2000/01 bis 2006/07 wurde am 20. Dezember 2001 vorgelegt. Die Kommissionsdienststellen haben das aktualisierte Konvergenzprogramm einer technischen Beurteilung unterzogen und sind zu folgender Bewertung gelangt:

Die dritte Fortschreibung des Konvergenzprogramms unter dem Titel "Wirtschaftsstabilität wahren" ist eine klare und umfassende Darstellung von Wirtschaftspolitik und -aussichten des Vereinigten Königreichs. Es entspricht dem für die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vereinbarten Verhaltenskodex.

Das VK erfreut sich seit einem Jahrzehnt eines stetigen Wachstums bei einer auf einen niedrigen Stand abgesunkenen Inflation. Die öffentlichen Finanzen wiesen in den letzten Jahren Überschüsse auf, und der Bruttoschuldenstand in Relation zum BIP gehört zu den niedrigsten in der EU. Die Arbeitslosigkeit ist beinahe auf ihren niedrigsten Stand seit den 70er Jahren gefallen, und die Arbeitslosenquote gehört ebenfalls zu den niedrigsten in der EU. Die Wirtschaftsentwicklung kam den Erwartungen für 2001 im Großen und Ganzen trotz des schwächeren weltwirtschaftlichen Umfeldes sehr nahe. Der mit 2 % des BIP für 2000/01 ausgewiesene gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss lag um nahezu einen vollen Prozentpunkt über den Erwartungen. Die Inflation blieb 2001 gedämpft.

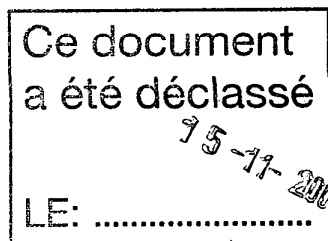
Diese günstige Situation wird seit 1997 mit der Geld- und Finanzpolitik der Regierung zur Gewährleistung der makroökonomischen Stabilität in Zusammenhang gebracht. Der Rahmen für diese Politik umfasst klare politische Ziele und eine Kompetenzzuweisung, die eine

<sup>1</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997.

<sup>2</sup> ABl. C 68 vom 11.3.1999.

<sup>3</sup> ABl. C 98 vom 6.4.2000.

<sup>4</sup> ABl. C 77 vom 9.3.2001.



angemessene Rechenschaftspflicht auch bei der Koordinierung zwischen Geld- und Finanzpolitik gewährleistet.

Die in dem Programm wiedergegebenen Wirtschaftsprojektionen bis 2004 (dem letzten Jahr, für das ausführliche Wirtschaftsprojektionen vorliegen) lassen erwarten, dass sich diese günstige Entwicklung mit einem BIP-Wachstum von 2¼ % im Jahr 2002 - was etwas unter dem Wachstumstrend von 2½ % liegen würde - fortsetzen wird. Im Jahr 2003 wird sich das Wachstum danach voraussichtlich auf 3 % (zentraler Wert der Spanne) beleben und 2004 wieder die Trendrate erreichen. Die Inflation wird 2002 den Projektionen zufolge etwas hinter dem Zielwert zurückbleiben und in den Folgejahren dem Zielwert entsprechen.

Diese Aussichten sind den Prognosen der Kommission nicht unähnlich, wenngleich in dem Programm für 2002 ein höheres BIP-Wachstum projiziert wird. Sowohl die Kommission als auch das Konvergenzprogramm erwarten für 2003 wieder ein höheres und ausgewogeneres Wachstum mit einem weniger negativen Außenbeitrag als in den letzten Jahren. Die Annahme, dass die Inflation auch weiterhin in der Nähe des Zielwerts von 2½ % bleiben wird, ist wahrscheinlich. In dem Programm wird aber auch anerkannt, dass diese positiven Aussichten mit Risiken behaftet sind. Dennoch wird in dem Programm die Ansicht vertreten, dass das VK aufgrund des Rahmens für die makroökonomische Politik besser als früher gegenüber der weltwirtschaftlichen Instabilität gewappnet ist.

Das Programm enthält Projektionen und Analysen der öffentlichen Finanzen bis 2006/07. Die entsprechenden Zahlen werden auch konjunkturbereinigt vorgelegt, wenngleich sie sich kaum von den nicht bereinigten Werten unterscheiden, da der Output während des Programmzeitraums dem Produktionspotenzial sehr nahe kommt. Die Zahlen zeigen, dass die goldene Regel der Regierung (der Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben darf auf den gesamten Konjunkturzyklus bezogen kein Defizit aufweisen) ebenso eingehalten wird wie die Regel für nachhaltige Investitionen, die sich auf eine tragbare Nettoverschuldung in Relation zum BIP stützt. Der öffentliche Bruttoschuldenstand in Prozent des BIP geht von 40 % im Jahr 2000/01 auf etwas über 36 % am Ende des Programmzeitraums zurück. Allerdings dürfte der gesamtstaatliche Haushaltssaldo 2001/02 erstmals seit 1997/98 ein geringes Defizit aufweisen, das sich 2002/03 auf 1,1 % des BIP erhöht und dann bis zum Ende des Programmzeitraums weitgehend unverändert bliebe. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergibt sich ein Defizit von etwa 1 % des BIP, d.h. ein Jahr früher, als nach der vorigen Fortschreibung erwartet worden war. Dies ist weitgehend auf vorübergehende Wirtschaftsfaktoren zurückzuführen (z.B. ein geringeres BIP als zuvor angenommen und geringere Unternehmensgewinne).

In der Fortschreibung wird festgestellt, dass es sich bei den Projektionen um zwischenzeitliche Aktualisierungen handelt, die nicht unbedingt das von der Regierung angestrebte Ergebnis darstellen (da sich die Projektionen auf die bisher bekanntgegebenen Maßnahmen stützen und die Haushaltspläne für 2002 und die Jahre danach erst noch aufgestellt werden müssen). Die Kommission erkennt an, dass die Haushaltsprojektionen des Programms für finanzpolitische Zwecke von einer vorsichtigen Annahme für den BIP-Wachstumstrend, nämlich 2¼ %, ausgehen. In Wirklichkeit könnten sich die öffentlichen Finanzen kräftiger entwickeln, als von der Regierung erwartet wird. Auf kurze Sicht entspricht dies der Einschätzung der Kommission. Die öffentlichen Finanzen dürften in Anbetracht des in Prozent des BIP geringen und rückläufigen Schuldenstandes tragfähig sein. Auf mittlere Sicht ist das Defizit weitgehend das Ergebnis der Investitionsanstrengungen des öffentlichen Sektors, da die öffentlichen Investitionen des VK zu den niedrigsten in der EU gehören. Geht man aber von den Projektionen der Fortschreibung aus, so kann man nicht sagen, dass entsprechend den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein nahezu

CE document  
a été déclassé  
LE: .....15-11-2006

ausgeglichener Haushalt oder ein Haushaltsüberschuss erreicht wird. Die Fortdauer eines Defizits von etwa 1 % des BIP während des größten Teils des Programmzeitraums deutet darauf hin, dass die Grundzüge der Wirtschaftspolitik auf mittlere Sicht nicht eingehalten würden.

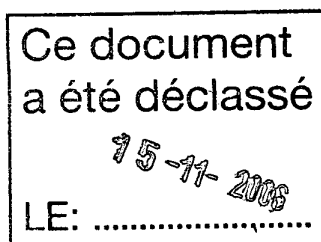
Alles in allem zeigt die Fortschreibung des Konvergenzprogramms, dass das VK tragfähige öffentliche Finanzen aufweist, dass es das sehr niedrige Niveau der öffentlichen Investitionen in Angriff nimmt, einen niedrigen Schuldenstand vorweisen kann und relativ gut gewappnet ist, um die aus der Bevölkerungsalterung erwachsenden Probleme für die öffentlichen Finanzen zu bewältigen, wie weiter unten festgestellt wird. Diese Ansicht könnte allerdings mit noch größerer Überzeugung vertreten werden, wenn die Projektionen auf mittlere Sicht den im Stabilitäts- und Wachstumspakt geforderten "nahezu ausgeglichenen Haushalt oder Haushaltsüberschuss " erkennen ließen. Dementsprechend sollten die Behörden bei den öffentlichen Finanzen und in ihren Projektionen zu erkennen geben, dass die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts voraussichtlich erfüllt werden. Es wäre daher besser, wenn die Haushaltsprojektionen bis 2006/07 auch auf der Grundlage des angenommenen Wachstumstrends von 2½ %, auf den sich die "neutrale Betrachtung der Wirtschaftsaussichten" stützt, vorgelegt würden.

Nach den Schätzungen der Kommission zeigt der konjunkturbereinigte Haushaltssaldo eine Lockerung der Politik im Umfang von 1,1 % des BIP zwischen den Jahren 2001/02 und 2003/04 an. Anschließend ist die Politik weitgehend neutral. Für 2002 wird bei einer weiterhin geringen Inflation mit einer kleinen negativen Outputlücke gerechnet, so dass der finanzpolitische Kurs nicht unangemessen erscheint. Trotz der angekündigten finanzpolitischen Maßnahmen hat der Währungspolitische Ausschuss des VK die geldpolitischen Zügel in letzter Zeit erheblich gelockert.

Die Konvergenzkriterien bezüglich Inflation, langfristigen Zinssätzen und öffentlichen Finanzen werden bequem erfüllt. Die Vorlage langfristiger Vorausschätzungen für die öffentlichen Finanzen, die ihre Tragfähigkeit bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik darlegen, ist ebenso zu begrüßen wie die Beschreibung der Maßnahmen, mit denen die Haushaltsbelastungen der alternden Gesellschaft aufgefangen werden sollen.

In dem Programm werden die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen beschrieben, mit denen das Vollbeschäftigungsziel in allen Regionen erreicht und die Produktivität gesteigert werden soll. In dem Programm wird hervorgehoben, dass die Regierung nach wie vor zu den Zielen des Europäischen Rats von Lissabon steht.

Mit Blick auf die WWU wird in dem Programm auf die 1997 festgelegte Politik verwiesen. Es mag zwar Probleme in der Exportwirtschaft geben, aber die Wirtschaft des VK kann offenbar mit einem Wechselkurs leben, der weit höher ist als Mitte der 90er Jahre. Obgleich es gewisse Belege dafür gibt, dass die Wechselkursvolatilität in den letzten Jahren abgenommen hat, ist doch ein erheblicher Rückgang des Pfund-Kurses nach wie vor möglich.



Empfehlung für eine

**STELLUNGNAHME DES RATES**

**gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997  
zum aktualisierten Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für 2000/01 bis  
2006/07**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken<sup>5</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

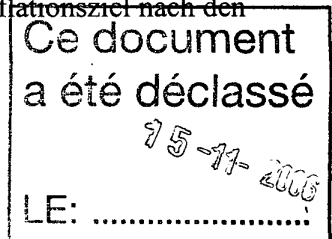
GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

Der Rat prüfte am 12. Februar 2002 das aktualisierte Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs für den Zeitraum 2000/01 bis 2006/07. Das Programm rechnet mit einem öffentlichen Defizit von 0,2 % des BIP im Finanzjahr 2001/02, einem Defizit von 1,1 % im Finanzjahr 2002/03, das 2003/04 auf 1,3 % des BIP ansteigen würde, bevor es in den beiden letzten Programmjahren 2005/06 und 2006/07 wieder auf 1 % des BIP zurückgeht. Der Rat hält es für angemessen, dass in dem Programm die durch eine solide Geld- und Finanzpolitik und weitere Strukturreformen unterstützte Sicherung der makroökonomischen Stabilität in den Vordergrund gestellt wird.

Das Programm stützt sich auf einen makroökonomischen Rahmen, der 2001 ein BIP-Wachstum von 2¼ % und 2002 ein gleich hohes Wachstum aufweist, das 2003 auf 3 % ansteigt, bevor es 2004 wieder auf die Trendrate von 2½ % zurückgeht. Der Rat hält die makroökonomischen Vorausschätzungen und die Annahmen für den Wachstumstrend von 2½ % für realistisch. Er stellt fest, dass die Projektionen in dem Programm für die öffentlichen Finanzen vorsichtshalber von einem geringeren Wachstumstrend, nämlich 2¼ % ausgehen.

Bezüglich Inflation und Zinsen erfüllt das Vereinigte Königreich weiterhin die Konvergenzkriterien mit einer gewissen Marge. Der Rat stellt fest, dass der geldpolitische Rahmen, bei dem ein Inflationsziel festgesetzt wird und die Bank von England die operative Verantwortung für Zinsänderungen hat, eine wichtige Voraussetzung für geringe Inflationserwartungen war. Er nimmt außerdem zur Kenntnis, dass das Inflationsziel nach den

<sup>5</sup> ABl. L 209 vom 2.8.1997.



Projektionen des Programms unter den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen während des Programmzeitraums eingehalten werden kann. Das Vereinigte Königreich erfüllt schon seit einiger Zeit das Konvergenzkriterium, das den langfristigen Zinssatz betrifft. Dies unterstreicht die Glaubwürdigkeit, die dem stabilitätsorientierten Rahmen für die makroökonomische Politik im VK zuerkannt wird. Obgleich Anzeichen einer reduzierten Wechselkursvolatilität festzustellen sind, kann aber nach Ansicht des Rates noch nicht daraus geschlossen werden, dass diese wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu einem auf Dauer stabilen Wechselkurs geführt haben. Der Rat empfiehlt daher, dass das Vereinigte Königreich seine stabilitätsorientierte Politik fortsetzt, um einen stabilen Wechselkurs zu gewährleisten, was wiederum zu einem noch stabileren wirtschaftlichen Umfeld beitragen dürfte.

Der gesamtstaatliche Haushalt wird im laufenden Finanzjahr 2001/02 sowohl in effektiven Zahlen als auch konjunkturbereinigt nahezu ausgeglichen sein und damit den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts genügen. Der Rat stellt aber auch fest, dass für 2002/03 ein Defizit von etwas über 1 % des BIP erwartet wird, das in den darauffolgenden Jahren des Programmzeitraums bis 2006/07 ungefähr in gleicher Höhe anhalten dürfte. Damit würde sich nunmehr ein Defizit von etwa 1 % des BIP bereits ein Jahr früher ergeben als nach der vorigen Fortschreibung, was weitgehend vorübergehenden Wirtschaftsfaktoren zuzuschreiben wäre (u.a. einem geringeren BIP als zuvor projiziert und geringeren Unternehmensgewinnen). Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Defizit von 1 % des BIP den Projektionen zufolge auf mittlere Sicht sowohl in nicht bereinigter als auch in konjunkturbereinigter Betrachtung fortbestehen würde, wenn man von einer sehr vorsichtigen Annahme für die Trendrate des Wachstums von 2,25 % jährlich ausgeht, sowie infolge verstärkter öffentlicher Investitionen in Prozent des BIP. Er stellt außerdem fest, dass es sich bei den Projektionen für die öffentlichen Finanzen um eine zwischenzeitliche Aktualisierung handelt, die nicht unbedingt das von der Regierung angestrebte Ergebnis darstellt (da die Projektionen von den bisher bekanntgegebenen Maßnahmen ausgehen und die Haushaltspläne für 2002 und die Jahre danach erst noch aufgestellt werden müssen). Dennoch würde ein anhaltendes Defizit von etwa 1 % des BIP, falls es sich denn bestätigen sollte, nicht mit der Forderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts nach einem auf mittlere Sicht "nahezu ausgeglichenen Haushalt oder Haushaltsüberschuss" übereinstimmen. Nach Ansicht des Rates sollen die Projektionen der öffentlichen Finanzen erkennen lassen, dass die Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts voraussichtlich erfüllt werden. Der Rat würde es daher vorziehen, dass die Haushaltsprojektionen bis 2006/07 auch auf der Grundlage der angenommenen Trendrate des BIP-Wachstums von 2½ % vorgelegt würden, auf den sich die "neutrale Betrachtung der Wirtschaftsaussichten" stützt. Der Rat begrüßt, dass das VK sich dem sehr niedrigen Stand der öffentlichen Investitionen zuwendet.

Der Rat stellt fest, dass das Programm eine Bewertung der langfristigen Aussichten für die öffentlichen Finanzen sowie eine Beschreibung der Politik enthält, die verfolgt werden könnte, um die Folgen der alternden Gesellschaft auf ein Mindestmaß zu beschränken. Nach Ansicht des Rates befindet sich das VK, mit einer niedrigen und weiter fallenden Schuldenquote gemessen am BIP, in einer guten Ausgangsposition, um die Haushaltsbelastungen der alternden Gesellschaft zu verkraften, und begrüßt, dass die öffentlichen Finanzen bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik tragfähig sind.

Der Rat begrüßt die in dem Programm genannten Strukturreformen. Er nimmt mit Beifall zur Kenntnis, dass die Fortschritte bei den Wirtschaftsreformen zur Steigerung der Produktivität beitragen und weitere Verbesserungen am Arbeitsmarkt bringen dürften.

